Öffentliche Bekanntmachung

Die Gemeinde March beantragt die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung des anfallenden Niederschlagswassers im Ortsteil Neuershausen (Gesamtentwässerungsplan Neuershausen) über zwei Einleitungsstellen:

Einleitungsstelle 1: auf Höhe Grundstück Flst-Nr. 1774 Gemarkung Neuershausen, Gemeinde March in den Herdmattengraben Richtung Enderliskanal in einer Menge von max. 780 l/s

Einleitungsstelle 2: auf Höhe Grundstück Flst-Nr. 1501 und 1493, Gemarkung Neuershausen, Gemeinde March in den Lohmattengraben in einer Menge von max. 78 l/s.

Der Ortsteil Neuershausen wird ausschließlich im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird dem Herdmattengraben und dem Lohmattengraben zugeleitet, das Schmutzwasser wird der Verbandskläranlage des Abwasserzweckverbandes Breisgauer Bucht zugeführt. Das Einzugsgebiet weist eine Größe von ca. 27,9 ha auf, wovon 25,1 ha auf Wohnbebauung und 2,8 ha auf ein Gewerbegebiet entfallen.

Die Planunterlagen liegen in der Zeit vom 29.04.2019 bis einschließlich 27.05.2019 während der Dienststunden beim Bürgermeisteramt der Gemeinde March zur kostenlosen Einsichtnahme aus.

Ebenfalls können die Planunterlagen in diesem Zeitraum auf der Homepage der Gemeinde March unter <https://www.march.de/de/Wirtschaft/oeffentliche-Bekanntmachungen> eingesehen werden.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald in Freiburg oder beim Bürgermeisteramt der Gemeinde March Einwendungen gegen das Vorhaben erheben.

Es wird darauf hingewiesen, dass

1. mit Ablauf der Einwendungsfrist alle Einwendungen ausgeschlossen sind, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen,
2. nach Ablauf der für Einwendungen bestimmten Frist wegen nachteiliger Wirkungen der Benutzung Auflagen nur verlangt werden können, wenn der Betroffene die nachteiligen Wirkungen während des Verfahrens nicht so voraussehen konnte,
3. nach Ablauf der für Einwendungen bestimmten Frist eingehende Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis, einer gehobenen Erlaubnis oder einer Bewilligung in demselben Verfahren nicht berücksichtigt werden,

4. Ansprüche zur Abwehr von nachteiligen Wirkungen durch eine Gewässerbenutzung, die durch eine unanfechtbare gehobene Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen ist, nach Maßgabe des § 16 WHG nicht mehr oder nur noch eingeschränkt geltend gemacht werden können,
5. bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt werden kann und
6. a) die Personen, die Einwendungen erhoben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können,

b) die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann,

wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind.

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald

- Untere Wasserbehörde -